

# BRÜSSELER NOTIZEN

## zur Außen- und Entwicklungspolitik

Ausgabe vom  
4. Mai 2023

Berichtszeitraum: 01.04.2023 bis 03.05.2023

### Inhalt:

- EU-Außenrat mit Fokus auf Sudan, Ukraine, Moldau, Georgien und Äthiopien
  - Erweiterung der Sanktionen des Rats der EU
  - EU-Außenbeauftragter Borrell in Kolumbien
  - EU-China-Beziehungen im Fokus
  - EU und Usbekistan trafen sich zum 17. Kooperationsrat
  - Global Gateway: Zusammenarbeit mit Togo und der Universität Ruanda gestärkt
  - EU-Indien: Luftverkehr und Deep Tech
  - Kurzmeldungen
- 

## EU-Außenrat mit Fokus auf Sudan, Ukraine, Moldau, Georgien und Äthiopien

Am 24. April 2023 befasste sich der [Außenrat](#) mit den gewaltsamen Zusammenstößen zwischen den sudanesischen Streitkräften und den Rapid Support Forces, die seit dem 15. April 2023 den Sudan beherrschen. Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell betonte, dass die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten und die Rückkehr zu Verhandlungen erfolgen müsse. Auch die Evakuierung von Personal und Bürgern der EU wurde diskutiert.

Angesichts des Krieges Russlands gegen die Ukraine berichtete Borrell, dass die EU bereits mehr als 13 Mrd. EUR an militärischer Unterstützung mobilisiert habe. Zur Unterstützung Moldaus wurde eine neue zivile GSVP-Partnerschaftsmission eingerichtet, um die Krisenbewältigungsstrukturen und die Widerstandsfähigkeit gegenüber hybriden Bedrohungen zu stärken. Ferner beschloss der Rat, weitere 40 Mio. EUR aus der Europäischen Friedensfazilität für die Verteidigungsfähigkeit Moldaus bereitzustellen.

Mit dem georgischen Außenminister, Ilia Darchiaschwili, führten die EU-Außenminister einen Gedankenaustausch über die europäische Perspektive Georgiens. Außerdem billigten die Minister Schlussfolgerungen zu Äthiopien, die dessen Bedeutung als wichtiger strategischer Partner am Horn von Afrika hervorheben. Die EU wird weitere Schritte auf dem Weg zu einem dauerhaften Frieden in der Region unterstützen. EMILIA ALTMEIER, MICHELLE WIESNER

## Erweiterung der Sanktionen des Rats der EU

In Reaktion auf die schweren Menschenrechtsverletzungen in Iran erweiterte der Rat der EU seine bisherigen [Sanktionen gegen das Regime](#) auf nunmehr 211 Personen und 35 Organisation; dabei handelt es sich vor allem um das Einfrieren von Vermögenswerten und Einreiseverbote in die EU.

Weiterhin beschloss der Rat das bestehende [Wagner-Sanktionspaket](#) vom Februar, das sich gegen die private russische Militär-Organisation im Krieg gegen die Ukraine richtet, zu ergänzen und die Wagner-Gruppe zusammen mit der Desinformation verbreitenden RIA Fan Mediengruppe in die EU-Sanktionsliste aufzunehmen. Insgesamt sind nun im Zusammenhang mit Russlands Angriffskrieg 1473 Personen und 207 Organisation von den restriktiven Maßnahmen betroffen.

Weitere Sanktionen des Rats wurden vor dem Hintergrund von staatlich gelenkter Herstellung von Drogen und deren Handel zugunsten des [syrischen Assad-Regimes](#) gegen 25 Personen und 8 Organisationen verhängt. Auch gegen die in Mozambique operierende islamistische Terrorgruppe [ISIS-Mozambique](#) wurden angesichts von Terroranschlägen und schweren Menschenrechtsverletzungen weitere Sanktionen beschlossen. DR. THOMAS LEEB

## EU-Außenbeauftragter Borrell in Kolumbien

Von 25. bis 30. April reiste der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell nach Kolumbien, wo er die EU auf der Internationalen Konferenz zu Venezuela am 25. April in Bogotá vertrat. Zentrale Themen waren dabei die regionalen Migrations- und Fluchtbewegungen aus Venezuela sowie Bemühungen um einen politischen Dialog zwischen Regierung und Opposition, den die EU unterstützt.

Zudem führte Borrell in Kolumbien Gespräche, u.a. mit Gustavo Petro, dem Präsidenten Kolumbiens, sowie mit Vizepräsidentin Francia Marquez, und zahlreichen Ministern, etwa dem Außenminister Álvaro Leyva. Dabei ging es um die bilateralen Beziehungen, den Friedensprozess im Land, eine mögliche Überarbeitung des Handelsabkommens und die Vertiefung der Kooperation, etwa im Bereich

des digitalen Wandels. Borrell kündigte bei seinem Aufenthalt auch fünf [neue Projekte](#) im Wert von 26,5 Mio. EUR an zur Förderung des Friedensprozesses, zur Bekämpfung des Klimawandels und der Abholzung, aber auch zur Unterstützung der Aufnahme und Integration von Migranten. DIETRICH JOHN

## EU-China-Beziehungen im Fokus

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat China bei ihrem Besuch in Peking am 5. und 6. April 2023 vor Waffenlieferungen an Russland und einem Angriff auf Taiwan [gewarnt](#). Gleichzeitig sei Zusammenarbeit u.a. beim Klimaschutz unerlässlich.

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron, der mitreiste, äußerte in einem Interview die umstrittene Aussage, dass Europa eine eigene Position in der Taiwan-Frage entwickeln solle und kein „Mitläufer“ der Vereinigten Staaten sein dürfe. Demgegenüber hob die EVP-Fraktion die Bedeutung der Transatlantischen Beziehungen hervor. MdEP und Vorsitzender der Hanns-Seidel-Stiftung Markus Feber betonte, dass es eine einheitliche EU- Außen- und Sicherheitspolitik brauche, insbesondere im Hinblick auf China.

Am 18. April 2023 [diskutierte](#) das Europäische Parlament die Beziehungen zu China zusammen mit EU-Außenbeauftragtem Josep Borrell und der Kommissionspräsidentin. Die Abgeordneten forderten eine effektive, konsistente und einheitliche Strategie gegenüber China und hoben die Bedeutung der wirtschaftlichen Interessen Europas und der europäischen Werte hervor. MICHELLE WIESNER

## EU und Usbekistan trafen sich zum 17. Kooperationsrat

Am 24. April 2023 tagte in Luxemburg der 17. [Kooperationsrat](#) EU-Usbekistan. Themen waren insbesondere Usbekistans Reformprogramm und das Verfassungsreferendum am 30. April. Beide Seiten begrüßten den Abschluss der Verhandlungen im Juli 2022 zum neuen erweiterten Partnerschafts- und [Kooperationsabkommen](#), welches die Zusammenarbeit auf neue Bereiche ausweitet, u.a. Handel, Außen- und Sicherheitspolitik, oder bei politischen Reformen. Auch Fragen der guten Regierungsführung und Demokratisierung, des Schutzes der Menschenrechte und der Rolle der Zivilgesellschaft wurden erörtert. Die EU betonte die Bedeutung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und thematisierte die Strafverfolgung von Bloggern und Journalisten. Ebenfalls angesprochen wurden die Lage in Afghanistan und Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine. DIETRICH JOHN

## Global Gateway: Zusammenarbeit mit Togo und der Universität Ruanda gestärkt

Die EU kündigte am 24. April 2023 an, die [Partnerschaft mit Togo](#) im Rahmen der EU Investitions-Initiative „Global-Gateway“ zu stärken. So stellt die EU zusammen mit Frankreich, Deutschland und der Europäischen Investitionsbank 70 Mio. EUR bereit, um die Entwicklung der Agrarindustrie und den Zugang zu sozialen Diensten, der Landwirtschaft und des Dezentralisierungsprozesses zu fördern. Beispielsweise sollen die landwirtschaftliche Produktivität durch Solar-Bewässerung gesteigert und Arbeitsplätze geschaffen werden.

Außerdem intensiviert die EU zusammen mit Team Europe die Zusammenarbeit von Universitäten der EU-Mitgliedstaaten mit der [Universität Ruanda](#) im Bereich Biotechnologie, Impfstoffentwicklung und Gesundheitstechnologie. MICHELLE WIESNER

## EU-Indien: Luftverkehr und Deep Tech

Am 21. April 2023 fand der [Luftverkehrsgipfel](#) EU-Indien in Neu-Delhi statt, bei dem das gemeinsame Ziel bekräftigt wurde, den Flugverkehr zwischen Europa und Indien effizienter, umweltfreundlicher und sicherer zu gestalten. EU-Verkehrskommissarin, Adina Vălean, erklärte, dass Drohnen den Verkehrsstau sowie Emissionen verringern könnten und die EU im Bereich Luftfahrt noch enger mit Indien zusammenarbeiten möchte. Außerdem tagte das sogenannte „[EU-Indien Innocenter](#)“, das vom EU-Programm Horizon 2020 finanziert wird, zu den Themen Tech-Startups, Innovation und Technologietransfer. MICHELLE WIESNER

## Kurzmeldungen EMILIA ALTMEIER

Am 20. April 2023 forderte das Europäische Parlament in [drei Menschenrechtsresolutionen](#) die Freilassung des Journalisten Vladimir Kara-Murza, einem Kritiker des Putin-Regimes, der zu 25 Jahren Haft verurteilt wurde. Weiterhin wurde Afghanistan aufgefordert, seine politische Verfolgung von Frauenrechtlerinnen zu beenden und die Grundfreiheiten von Frauen zu achten. MdEPs appellierten an die nigerianischen Behörden, den Sänger Yahaya Sharif-Aminu, welcher aufgrund von Blasphemie-Vorwürfen festgenommen wurde, wieder freizulassen.

Im Rahmen der [Flüchtlingskrise in Burundi](#) stellt die EU 9 Mio. EUR zur Unterstützung von Geflüchteten in den Nachbarländern, in denen sich noch mehr als 300 000 von ihnen aufhalten, und ihrer freiwillig zurückgekehrten Landsleute bereit.

Der Sprecher der EU in Tunesien [äußerte](#) sich am 18. April 2023 besorgt über die Verhaftung von Rached Ghannouchi, dem Chef der oppositionellen Ennahda-Partei, die sich in eine Reihe von Verhaftungen von politischen Akteuren aus verschiedenen Oppositionsgruppen einreicht.

---

**Dr. Thomas Leeb**, Leiter Europa-Büro Brüssel der Hanns-Seidel-Stiftung e.V.  
Unter Mitarbeit von **Emilia Altmeier**, **Dietrich John**, **Michelle Wiesner**

### Impressum

Hanns-Seidel-Stiftung e.V. | Lazarettstraße 33 | 80636 München | [www.hss.de](http://www.hss.de)  
Vorsitzender: Markus Ferber, MdEP | Generalsekretär: Oliver Jörg

Für Rückfragen zum Inhalt erreichen Sie das Büro Brüssel unter  
Tel. +32 2 230-5081 | E-Mail: [brussels@hss.de](mailto:brussels@hss.de)

Finden Sie uns auf [Facebook](#), [LinkedIn](#) und [Twitter](#).  
Melden Sie sich für unseren [Veranstaltungsverteiler](#) an.